



NIEDERSACHSEN vorwärts

DEZEMBER 2009/JANUAR 2010 | WWW.SP-D-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

neulich auf unserem Kommunalkongress habe ich das Wort Heimat benutzt: »Wir wollen lebendige Kommunen, denn Kommunen sind Heimat.« Darauf bin ich angesprochen worden. Ich meine, wir sollten Heimat nicht den Konservativen überlassen, sondern mit ihnen um die Deutungshoheit fechten. Heimat – für mich nicht ein schönes Wort für Zurückgebliebenheit. Auch keine Idylle, schon gar nicht rückwärts-gewandt. Heimat bedeutet dauernde Entwicklung. Heimat als gesellschaftlicher Prozess, meinerwegen auch als Utopie einer menschen- und naturgerechten Gesellschaft. Ernst Bloch philosophiert darüber als »Utopie vom Umbau der Welt in Heimat«. Das ist doch eine Aufgabe. Für Bloch steht die Schöpfungsgeschichte, das Vollkommene, nicht am Anfang, sondern am Ende. Mittelpunkt ist der »arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch«. Schließlich »entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.« Eine schöne Botschaft für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Weihnachten und fürs neue Jahr.

Euer
Garrelt Duin
Garrelt Duin
Landesvorsitzender

DIE ÖFFENTLICHE HAND WIRD AUSGEBLUTET

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz legt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Axt an die Handlungsfähigkeit der Kommunen und Kreise. Über die Konsequenzen sprach der Niedersachsen-vorwärts mit Hauke Jagau, dem Präsidenten der Region Hannover.

vorwärts: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer Mehrheit das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen ganz zum Ärger der meisten Kommunen und Kreise im Lande. Wo liegt das Ärgernis?

Hauke Jagau: Die Bundesregierung verteilt Steuergeschenke an die Wohlhabenden, wie zum Beispiel die Erstattung von Kosten für den Steuerberater, und uns in den Kommunen fehlt dadurch noch mehr Geld, um unsere Aufgaben zu erledigen. Ein anderes Beispiel: Indem der Steuerfreibetrag für Kinder erhöht wird, gewinnen diejenigen, die ein hohes Einkommen haben, weil ihr zu versteuerndes Einkommen sinkt. Je mehr jemand verdient, desto höher ist die Entlastung. Wer kein Einkommen hat, bekommt die 20 Euro Kindergelderhöhung im Monat, der Spitzenverdiener hingegen 400 Euro Steuerentlastung zusätzlich im Jahr. Das führt dazu, dass die Steuereinnahmen sinken – also kommt bei den Kommunen weniger an.

vorwärts: Nun sagt die Bundesregierung ja, dass mit diesem Paket das Wirtschaftswachstum und damit auch ein Wachstum an Arbeitsplätzen einhergeht ...

Hauke Jagau: ... was Unfug ist. Für die Hotels zum Beispiel ist die Senkung des Mehrwertsteuersatzes erst einmal ein reines Geschenk. Solange sie nicht investieren, merkt die Wirtschaft nichts davon. Die Gewinnspanne steigt und die Steuereinnahmen sinken. Schon jetzt haben wir in den Kommunen eine katastrophale Finanzlage und unsere Sozialkosten steigen durch die Finanzkrise täglich. Das wird sich weiter verschärfen. Die Idee, über Wachstum diese Krise bewältigen zu wollen, ist deshalb irrsinnig, weil man ca. 20 Prozent Wachstum bräuchte, um die Finanzprobleme zu lösen.

vorwärts: Ausbaden müssen das die meisten Bürgerinnen und Bürger ...



Trübe Aussichten für
Niedersachsens Rathäuser.

Foto: Lopo

Hauke Jagau: ... na klar. Wir haben für unsere gesamten sozialen Systeme zu wenig Geld. Zu wenig Geld für die Schulen, zum Erhalt und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, zu wenig Geld für Straßenunterhaltung. Die öffentliche Hand wird konsequent ausgeblutet mit der Folge, dass die Qualität der Dienstleistungen »vor Ort« einfach schlechter wird.

vorwärts: Welche Folgen hat das »vor Ort«?

Hauke Jagau: Eigentlich dürfen die Kommunen nicht mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen. Praktisch tun es viele schon

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Hauke Jagau,
Präsident der Region
Hannover

» Die Bundesregierung verteilt Steuergeschenke an die Wohlhabenden.«

Hauke Jagau

Fortsetzung von Seite 1

seit Jahren, obwohl wir unsere Haushalte von der Kommunalaufsicht im Gegensatz zu Bund und Ländern genehmigen lassen müssen. Deshalb wird es in den kommenden Jahren immer weniger Investitionen geben und alles was nicht Pflichtaufgabe ist, droht gestrichen zu werden. Das sind die so genannten freiwilligen Leistungen, also die Kultur, die Unterstützung von Vereinen und Verbänden und die Förderung ehrenamtlicher Arbeit. Schwarz-Gelb will weniger Staat und das hat Konsequenzen für die Kommunen. Die haben bald keine Chance mehr, auf Krisen angemessen zu reagieren. Es gibt direkte Zusammenhänge zwischen der Stärke einer Kommune und dem Schutz, den sie ihren Bürgerinnen und Bürgern bieten kann. Nach wie vor gilt der alte Satz: »Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten«.

vorwärts: Was heißt das konkret für die Region Hannover?

Hauke Jagau: 2009 haben wir es das erste Mal seit 7 Jahren geschafft, nicht mehr Geld für die laufenden Kosten auszugeben, als wir einnehmen. 2010 fehlen uns hierfür 170 Millionen Euro. Um diese Summe einzusparen, müsste ich das gesamte Personal der Region streichen und den öffentlichen Nahverkehr völlig einstellen. Und in dieser Situation macht Schwarz-Gelb Steuergeschenke an Wohlhabende.

vorwärts: Gibt es denn in Niedersachsen überhaupt noch Kommunen oder Kreise, die mit dieser Krise fertig werden können?

Hauke Jagau: Ganz ganz wenige. Die Dimensionen sind allerdings überall gleich. Unser Anteil bei den Sozialkosten steigt im nächsten Jahr um 64 Millionen Euro. Davon entfallen allein 42 Millionen Euro auf die Kosten der Unterkunft. Das

sind Pflichtaufgaben, die wir nicht gegenfinanziert bekommen. Diese Summe ist ausschließlich eine Folge der Finanzkrise. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist da noch nicht eingerechnet.

vorwärts: Gibt es bei dieser Sachlage für die Kommunen überhaupt Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen?

Hauke Jagau: Es ist ein Riesenproblem. Das ist die politische Zielvorgabe der Bundesregierung und die ist legitimiert, das muss man deutlich sagen. Wir werden diejenigen sein, die das auszubaden haben. Was wir machen müssen, ist klar: Die Zusammenhänge müssen deutlich gemacht werden – in zwei Jahren werden die Einnahmen wegbrechen. Mehr können wir nicht tun. Wir können und werden protestieren, mit allen Spitzenverbänden, und hoffen auf Einsicht. Aber ob das etwas bringt, können wir zur Zeit nicht sagen. ■

AUSGEZEICHNETE BASISARBEIT

Zwei Wilhelm-Dröscher-Preise gingen beim SPD-Bundesparteitag nach Niedersachsen

Von Hans-Rainer Strang

Auf dem SPD-Bundesparteitag vom 13.–15. November in Dresden erhielten die Arbeitsgemeinschaft 6oplus im Ortsverein Northeim und die Jusos im Unterbezirk Schaumburg/AG Bad Nenndorf jeweils einen Dritten Preis. Mit dem Wilhelm-Dröscher-Preis würdigt die SPD auf ihren Bundesparteitagen herausragende und beispielhafte Leistungen von Parteigliederungen. Der SPD-Kreisverband Osnabrück erhielt eine lobende Erwähnung für sein Zeitungsprojekt.

Seit 1995 geht die AG 6oplus in Northeim mit außergewöhnlichen Projekten und Ideen auf die Straße. In diesem Wahljahr wurde insbesondere der SPD-Würfel in verschiedenen Varianten eingesetzt. Mit ihrer Präsentation der Straßenaktionen aus den vergangenen 15 Jahren wollte die Arbeitsgemeinschaft in Dresden zeigen, wie sie seit Jahren um den Erhalt unserer Demokratie und das Erreichen echter sozialer Marktwirtschaft kämpft.

Die Jusos im Unterbezirk Schaumburg und die Arbeitsgemeinschaft Bad Nenndorf haben unter dem Motto »Kreativ gegen Rechts« eine Straßenmalerei durchgeführt. Am Vorabend der Naziaufmärsche 2007 und 2008 in Bad Nenndorf wurde die Demonstrationsstrecke der Neonazis mit Slogans und Sprüchen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz versehen. Zusätzlich wurden Plakate und große Transparente entlang der Strecke aufgehängt. Neben Jusos und SPD-Mitgliedern aus den umliegenden Ortsvereinen waren auch

GewerkschaftlerInnen und AWO-Mitglieder dabei; Schirmherr war der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy.

Die in Dresden vertretenen SPD-Gliederungen haben gezeigt, wie mit einfachen

Mitteln große Wirkung erzielt werden kann, sagte SPD-Landesvorsitzender Garrelt Duin nach der Wilhelm-Dröscher-Preisverleihung und gratulierte den Preisträgern. ■



Ausgezeichnete Basis-Aktivist: Die Schaumburger Jusos erhalten von Heidemarie Wiczorek-Zeul den Wilhelm-Dröscher-Preis.

Foto: Sascha Pickel

TERMINE 2010

- Fr., Sa. 29. / 30. 01.,** 16.30 Uhr
Klausur des Landesvorstandes in Achim
- Sa., 13. 03.,** 11.00 Uhr
Landesparteirat
- Sa., 29. 05.,** 10.00 Uhr
Landesparteitag Stade
- Sa., 04. 09.,** 11.00 Uhr
Landesparteirat
- Sa., 27. 11.,** 11.00 Uhr
Landesparteirat

vorwärts

PERSONALABTEILUNG

Zum 5. Mal seit 1993 ist Polizeihauptkommissar Dietmar Schiff als stellvertretender GdP-Landesvorsitzender wiedergewählt worden. Der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Landesparteirates ist Vorsitzender des OV Rautheim, Mitglied des UBV Braunschweig sowie Vorstandsmitglied der AfA im UB Braunschweig. ■



WIR GESTALTEN DIE ZUKUNFT DIESER GESELLSCHAFT

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude begeisterte am 21. November gut 700 Besucher des Kommunalkongresses der niedersächsischen SPD in Hannover.

Von Lothar Pollähne



Geballte kommunale Kompetenz der SPD: Hannover OB-Legende Herbert Schmalstieg, Johanne Modder, Hannovers OB Stephan Weil und Münchens OB Christian Ude

Foto: Lopo

Wer schlagkräftige Argumente für die kommunalpolitische Auseinandersetzung mit den schwarz-gelben Regierungen in Hannover und Berlin braucht, lädt sich tunlichst den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude als Redner ein. Der ist bekannt für seine unterhaltsam drastische Argumentation. Den Beweis lieferte Ude am 21. November den gut 700 Besuchern des Kommunalkongresses der niedersächsischen SPD in Hannover.

Vor geraumer Zeit sei er zu Besuch in London gewesen und habe dort in einer Bedürfnisanstalt die Aufschrift lesen müssen. »If it's yellow, let it mellow. If it's brown, flush it down«. Was als Aufforderung zum Wassersparen gedacht war, entpuppte sich bei genauem Hinsehen als anrühiges Ergebnis der Privatisierungspolitik von Maggie Thatcher. Die setzte den freien Markt über alles und nötigte die Kommunen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu verscherbeln.

Investoren gab es reichlich, denen das alte römische Diktum »Geld stinkt nicht« geläufig war, und so kauften sie günstig das löchrige Londoner Leitungsnetz verbunden mit dem Versprechen, besser zu wirtschaften als die öffentliche Hand. Das Versprechen haben sie nicht gehalten. Während Millionengewinne in den Taschen der Investoren versackten, versickerte weiterhin das Wasser in den Londoner Untergrund, denn Investitionen in die Londoner Infrastruktur gehörten nicht ins neoliberale Konzept »Privat vor Staat«.

Das Konzept ist alt und gescheitert. Dennoch versuchen schwarz-gelbe Wiederwähler eine Wiederbelebung unter falschem Etikett. »Mehr Netto vom Brutto« hieß die Losung zur Bundestagswahl. Die Konsequenz, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, lautet: »Steuergeschenke in Höhe von 24 Milliarden Euro bedeuten für die Länder und Kommunen Mindererlöse in Höhe von 12 Milliarden Euro«.

Auf Niedersachsen, das war allen Besuchern des Kongresses klar, kommen zusätzliche Belastungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zu und das, obwohl die Landesregierung den Kommunen seit 2005 jährlich gut 100 Millionen Euro an Mitteln aus dem Finanzausgleich vorhält und damit den kommunalen Gestaltungsspielraum erheblich einschränkt. Niedersachsens SPD-Vorsitzender Garrelt Duin fasste die Forderung des Kommunalkongresses kurz und bündig zusammen: »Die Landesregierung muss den Steuersenkungsplänen im Bundesrat die Zustimmung verweigern«.

»Steuersenkungen bedeuten ein Steigen der kommunalen Gebühren«. Das musste Sigmar Gabriel den Kommunalpolitikern in Hannover nicht großartig erklären. Die Konsequenzen müssen die Kommunen tragen, denn, so Gabriel, »die Demos gegen solche Politik werden vor den Rathäusern stattfinden und nicht in Berlin«.

Christian Ude, drei Mal in Folge mit über 60 Prozent zum Oberbürgermeister von München gewählt, hält Steuersenkungen schlicht für unsozial. »Wir sind für eine sozial gerechte Finanzierung der Kommunen und deshalb müssen wir auch um die Gewerbesteuer kämpfen, denn ohne sie gibt es keine handlungsfähigen Kommunen.« Davon brauchen wir in Zukunft mehr, denn auf Grund des demografischen Wandels müssen mehr und komplexere Aufgaben bewältigt werden. Das wissen übrigens auch die meisten Bürgerinnen und Bürger, die in Befragungen regelmäßig gegen jegliche Privatisierungspläne stimmen. »Das ist ein Kampftema, das sich die SPD unbedingt auf die Fahnen schreiben sollte«, so der Münchner Oberbürgermeister.

Einmal in Fahrt wettete Christian Ude gegen die Bahnreform und mahnte: »Man muss auch mal Fehler auf Bundesebene eingestehen«. Das klingelte bei den Kongressteilnehmern ebenso wie die Aufforderung, das Jahrhundertthema Klimaschutz nicht den Grünen zu überlassen. Hatte schon Sigmar Gabriel die Kommunen als die Orte bezeichnet, in denen die Menschen ihre Sehnsucht nach Sicherheit suchen und erfüllt sehen wollen, so legte Münchens OB analytisch nach. Sozialdemokraten haben in Frankfurt, Hamburg und Rom Wahlen verloren, weil sie die Themen »Sicherheit« und »Sauberkeit« nicht genügend Ernst genommen haben. »Da hat uns unsere eigene Klientel abgestraft«, lautet Udes bitteres Fazit. Das können und müssen wir besser machen. »Seid Euch Eurer Verantwortung für die Partei bewusst«, rief Christian Ude den Kongressteilnehmern in Hannover zu und ertete stehende Ovationen.

Das passte zur Aufforderung des Hannöverschen Oberbürgermeisters Stephan Weil. »Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Deshalb brauchen wir eine starke, kommunalfreundliche Partei, die selbstbewusst sagen kann: »Wir gestalten die Zukunft dieser Gesellschaft.« Die Kommunalwahl 2011 in Niedersachsen wird der Testfall für die Partei, denn ihr Ergebnis weist weit über Niedersachsen hinaus, so Christian Ude: »Also seid Euch Eurer Verantwortung für die Partei bewusst.« ■



Lothar Pollähne

» Die Landesregierung muss den Steuersenkungsplänen im Bundesrat die Zustimmung verweigern.«

Garrelt Duin



Ein Herz für die Zukunft: SPD-Chef Sigmar Gabriel unterzeichnete am Rande des Kommunalkongresses das Volksbegehren für bessere Schulen in Niedersachsen.

Foto: Christoph Mattered



Ulla Groskurt, MdL aus Osnabrück und Landesvorsitzende der ASF.

»Die SPD hat in der Deutschen Geschichte die Anfänge der Frauenpolitik geschrieben und durchgesetzt.«

Ulla Groskurt

VERZAGTHEIT IST FEHL AM PLATZ

Niedersachsens Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) stimmt sich in Cuxhaven auf kommende Gleichstellungsaufgaben ein.

Von Ulla Groskurt

»Die Frauen in der SPD sind immer Motor des gleichstellungspolitischen Fortschrittes in der Partei gewesen und werden es auch bleiben«, so die niedersächsische SPD Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) auf einer Klausurtagung in Cuxhaven. Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft immer aufs Neue vorangebracht. Die sozialdemokratische Bilanz ist trotz mancher Rückschläge eine Erfolgsgeschichte. Die SPD hat in der Gleichstellungspolitik ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Trotzdem haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich viele Frauen von der SPD abgewandt haben. Die SPD hat auf der Grundlage der Beschlüsse in Hamburg und im Regierungsprogramm 2009 die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft in allen Politikfeldern weiter vorangebracht und im Wahlkampf zu einem zentralen Thema gemacht.

»Der von der Bundes-ASF neu formulierte Aktionsplan »Gleichstellung jetzt«, wird auch in unserer Arbeit eine



Rolle spielen«, so die niedersächsischen SPD-Frauen in einem Pressegespräch. »Wir haben in der Deutschen Geschichte die Anfänge der Frauenpolitik geschrieben und durchgesetzt, wir werden auch die nächsten Kapitel prägen«, so Ulla Groskurt zusammenfassend.

Schwerpunkte stellen sich natürlich auch durch die vor uns liegenden Aufgaben. In diesem Zusammenhang weisen die SPD-Frauen besonders auf die Betriebsratswahlen 2010 und die Kommunalwahlen im Jahr 2011 hin. Das sind aber alles keine »Selbstläufer«, wir werden schon etwas dafür tun müssen den Weg offen zu halten. Wir werden engagierte Frauen unterstützen und wieder Mentoringprojekte durchführen.

Dass für die Landes-ASF das Thema Frauenpolitik in Niedersachsen besonders auf der Tagesordnung steht, wird in den Gesprächen in der Klausur deutlich. »Unsere Ansprüche beginnen in der Kindergartenpolitik, wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in die Führungsetagen«, so die ASF-Vorsitzende Ulla Groskurt wörtlich. Das fehlende Engagement der Landesregierung erfordert hier eigentlich jeden Tag Proteste.

Ein weiterer Beschluss war, mit der jeweiligen ASF vor Ort in Niedersachsen »frauen- und familienfreundliche Unternehmen« zu besuchen, die mit guten Beispielen und daraus resultierenden Erfahrungen vorwärts gehen.

Insgesamt anspruchsvolle Vorhaben, die wir mit Unterstützung vieler interessierter Frauen und den ASF-Bezirksvorständen in den nächsten Monaten vor uns haben. Von Lethargie oder Verzagttheit war die Stimmung jedenfalls nicht geprägt, so die Landes ASF in ihrer Meldung. ■

WETTBEWERB

OHNE MOOS NIX LOS



Ab sofort können sich Jugendliche, Schulen, Klassen und Jugendverbände in Niedersachsen für den bundesweiten Wettbewerb »Ohne Moos nix los« bewerben. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) als Ausrichter will mit diesem Wettbewerb einen Beitrag zum »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010« leisten und ruft

junge Menschen dazu auf, sich kritisch und kreativ mit den Zusammenhängen von Konsum, Geld, Schulden und Armut auseinanderzusetzen.

Rund drei Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet und immer mehr Jugendliche geraten in die Schuldenfalle. In einer Gesellschaft mit vielfältigen Konsumangeboten und zweifelhaften Finanzprodukten sind sie oft überfordert. Hier setzt der Wettbewerb an, indem er die finanzielle Bildung von Jugendlichen in den Fokus rückt.



Bewerbungen sind ab sofort möglich unter

www.awo-schuelerwettbewerb.org. Anmeldeschluss ist der 30. Juni 2010. Pro Bundesland wird es neun Preisträger geben, die Ende kommenden Jahres mit einem Festakt ausgezeichnet werden. ■ eb.

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne, Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

DIE CDU UND DAS LIEBE GELD

Vor zehn Jahren erschütterte der Parteispenden-Skandal die Republik.

Von Inge Wettig-Danielmeier

Der öffentliche Skandal begann im November 1999: Der wegen Steuerhinterziehung gesuchte damalige Schatzmeister der CDU Walther Leisler Kiep stellte sich der Justiz und erklärte, die ihm vom Waffenhändler Schreiber übergebene

den so offensichtlich die Mehrheiten auf Parteitag abgesehen. Der SPIEGEL fasste diese Praxis unter dem Titel »Patriarch und Pate« zusammen. Helmut Kohl erklärte stets und Freunde haben dies bestätigt, dass er sich nicht selbst bereichert habe.

Die Rückführung des Geldes unterstützte hessische Wahlkämpfe der CDU. Auch in Hessen wurde ständig gegen das Parteiengesetz und eindeutige Verfassungsregeln verstoßen.

Schwer belastet gingen schließlich die bekannten Politiker Kohl, Kanther, Kiep und Schäuble aus den Untersuchungen hervor. Nicht alles konnte aufgeklärt werden. Die CDU musste hohe Strafen zahlen:

41 Millionen Mark für die hessischen Schwarzgelder, 6,5 Millionen für geheime Spender von Helmut Kohl, 3,4 Millionen für die Transfers zwischen dem Waffenhändler Schreiber und Walther Leisler Kiep, sowie Schäuble bzw. Baumeister; und noch einmal 1,2 Millionen für eine fehlerhaft deklarierte und nicht zulässige Spende der CDU-Bundestagsfraktion an die Partei.

1999 wählten Kommentatoren und führende Mitglieder der Union die CDU am Abgrund, möglicherweise vor der Auflösung. Die große Gewinnerin war dann Angela Merkel, die damalige Generalsekretärin. Sie verlangte und betrieb die Aufklärung, Schäuble musste als Vorsitzender zurücktreten, Nachfolgerin wurde Merkel.

Im Übrigen fielen die Sanktionen milde aus. Der Übervater Kohl empfing Absolution und wurde sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Kanther und Leisler Kiep leben als Pensionäre, Schäuble ist jetzt Finanzminister. Abgestraft wurde Brigitte Baumeister, die Schatzmeisterin von 1992–1998. Ob sie oder Schäuble die Wahrheit vertraten, wurde nie geklärt; aber sie verlor ihr Bundestagsmandat und wurde in ihrer beruflichen Existenz zerstört. ■



Inge Wettig-Danielmeier, Bundesschatzmeisterin der SPD von 1991 - 2007



eine Million DM sei eine Spende an die CDU gewesen. Einen Tag später am 6. November versicherte Helmut Kohl, ehemaliger Kanzler und ehemaliger Parteivorsitzender der CDU, er wisse davon nichts. Danach ging es Schlag auf Schlag. Es erklärten sich der Steuerberater der CDU, der ehemalige CDU-Generalbevollmächtigte, der Parteivorsitzende Schäuble, der ehemalige Generalsekretär Geißler, die Schatzmeisterin Baumeister mit neuen, anderen, ergänzenden oder sich widersprechenden Äußerungen. Anfang Dezember schließlich gab Kohl zu: »Eine von den üblichen Konten der Bundesschatzmeisterei praktizierte getrennte Kontenführung schien mir vertretbar«... »Ich bedauere, wenn die Folge möglicherweise Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes gewesen sein sollten. Das habe ich nicht gewollt.«

Tatsächlich war das auch ein Verstoß gegen Artikel 21 des Grundgesetzes. Über die getrennte Kontenführung wurde keine oder nur eine außerordentlich lückenhafte Rechenschaft abgelegt.

Tatsächlich wurde das teils von Walther Leisler Kiep, teils vom Vorsitzenden Kohl selbst gesammelte Geld direkt oder auf Umwegen über ausländische Konten vom Vorsitzenden der CDU genutzt, um Landesverbänden, Vereinigungen der CDU oder auch Personen Geld zukommen zu lassen ohne besonderen Grund und ohne Gremienbeschlüsse. Jedenfalls wur-

Das ist wohl zutreffend, aber er hat mit der illegalen Finanzpraxis über Jahrzehnte die innerparteiliche Demokratie in der CDU außer Kraft gesetzt und damit einen verfassungswidrigen Zustand geschaffen.

Ähnlich verliefen Geldtransfers in Hessen, die Ende des Jahres 1999 infolge der Spendenaffäre um Kohl aufgedeckt wurden, weil die Finanzmittel der hessischen CDU offensichtlich nicht aus laufenden Einnahmen stammen konnten. Hier war schon Anfang der 1980er Jahre Geld mutmaßlich von gemeinnützigen Tarnorganisationen ins Ausland geschafft worden, um die neuen Regeln des Parteiengesetzes zu umgehen.

vorwärts

PERSONALABTEILUNG

Hubertus Heil ist am 4. Dezember zum neuen Vorsitzenden des SPD-Bezirks Braunschweig gewählt worden. Beim außerordentlichen Parteitag in der Braunschweiger Stadthalle stimmten 94 Prozent der Delegierten für Heil. Der Peiner, der auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion ist, tritt in die Fußstapfen von Sigmar Gabriel. Dessen Wahl zum Bundesvorsitzenden hatte eine Neubesetzung der Spitzenposition im Bezirk erforderlich gemacht.

Sigmar Gabriel (m.) gratuliert seinem Nachfolger Hubertus Heil. Rechts: Detlef Tanke und Matthias Wehrmeyer





Matthias Groote, MdB

» Je früher wir anfangen, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, desto weniger Geld ist im Endeffekt nötig.«

Matthias Groote

KLIMAGIPFEL IN KOPENHAGEN

DIE FAKTEN:

Vom 7. bis 18. Dezember findet die Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Das Kyoto-Nachfolge-Protokoll soll diskutiert werden

ZIEL:

- Reduzierung von CO₂-Emissionen um 20%, und um 30%, wenn andere Industrienationen vergleichbare Anstrengungen unternehmen

STRITIGE PUNKTE:

- Umfang der Verpflichtungen für die Industrieländer, Treibhausgasemissionen mittelfristig (bis 2020) und langfristig (bis 2050) zu verringern
- Umfang der Emissionsminderungen der Entwicklungsländer
- Finanzielle und technologische Unterstützung der Industrieländer für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern

»EUROPA MUSS KLIMAPOLITISCH DEN TAKT VORGEBEN«

Noch bis zum 18. Dezember findet in Kopenhagen der so genannte Weltklimagipfel statt. Matthias Groote ist einer von 22 Europaabgeordneten, die die EU in der dänischen Hauptstadt vertreten. Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit ihm über die wesentlichen Ziele der Konferenz, die Aufgaben Europas und die Konsequenzen für Niedersachsen.

vorwärts: Was muss in Kopenhagen erreicht werden, damit unser Klima gerettet wird?

Matthias Groote: Das Ziel der Verhandlungen in Kopenhagen ist es, die globale Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, denn sonst drohen irreversible Schädigungen der Ökosysteme. Es wird nicht einfach sein, einen gemeinsamen Konsens zu erzielen, aber zumindest ist es wichtig, dass die EU als Vorreiter an ihren ehrgeizigen Klimazielen festhält. Das Kyoto-Protokoll wird 2010 auslaufen, so dass wir uns dringend auf ein neues Abkommen verständigen müssen. Allerdings befürchte ich leider, dass ein solches neues Klimaschutz-Abkommen mit verbindlichen Reduktionszielen noch nicht auf der jetzt anstehenden Konferenz in Kopenhagen beschlossen wird. Nach meiner Einschätzung werden wir dort die Kernfragen diskutieren und auf Grundlage dieser Diskussionsergebnisse könnte dann Mitte 2010 ein neuer völkerrechtlicher Vertrag zustande kommen. Eines müssen wir uns jedoch immer wieder bewusst machen, der Bremsweg ist sehr lang. Wenn wir jetzt reagieren, könnten erste Erfolge mit Glück in 25 bis 30 Jahren sichtbar werden.

vorwärts: Welche konkreten Anforderungen müssen zur erfolgreichen Abmilderung des Klimawandels erfüllt werden?

Matthias Groote: Wir müssen global Kohlendioxid (CO₂) einsparen und einen weltweiten Emissionshandel etablieren. Hierbei müssen insbesondere die USA und China auch ihren Beitrag leisten. Bisher hat die Europäische Union die strengste Klimaschutzgesetzgebung. In diesem Zusammenhang wurde im letzten Jahr unter anderem das so genannte Klima- und Energiepaket verabschiedet, in dem wir uns verpflichten, 20 Prozent CO₂ bis zum Jahre 2020 einzusparen. Wenn sich andere große Industrienationen diesem Ziel anschließen, dann wäre die EU sogar bereit, 30 Prozent CO₂ einzusparen.

vorwärts: Vor allem China stellt sich bislang quer. Wie optimistisch sind Sie, dass es doch eine Einigung geben kann?

Matthias Groote: Verhandlungen können oft eine besondere Eigendynamik entwickeln. Dies war auch beim Kyoto-

Protokoll der Fall. Ich hoffe sehr, dass dies in Kopenhagen ebenso passieren wird. Eine positive und zukunftsweisende Einigung wird auch eine Frage des Preises sein, vor allem hinsichtlich der Forderungen der Entwicklungsstaaten. Diese wol-

vorwärts: Welche Auswirkungen bringt der Klimawandel insbesondere für Niedersachsen mit sich?

Matthias Groote: Experten sagen, dass es im Frühjahr und im Herbst zu großen Wetterextremen kommen kann. Das heißt: Es wird mehr Niederschläge



Ohne nachhaltige Beschlüsse der Kopenhagener Klimakonferenz könnten die pittoresken Fischkutter ihren Fang bald nicht mehr in Fedderwardsiel anlanden sondern vor dem nicht minder pittoresken Celler Schloss.

len als Kompensation für ihre Anstrengungen einen finanziellen Ausgleich sehen. Um diese noch sehr strittige Frage der Klimaschutzfinanzierung wird es sich im Kern bei den Gipfelverhandlungen drehen.

vorwärts: Wie sieht es mit den USA und Russland aus?

Matthias Groote: US-Präsident Barack Obama hat seine Teilnahme in Kopenhagen endlich zugesagt. Dies ist zumindest ein Zeichen, dass die USA gewillt sind, beim Klimaschutz mit anzupacken. Es müssen aber ehrgeizige Klimaziele sein, auf die sie sich verpflichten und keine Minimalkompromisse. Dem wird sich auch Russland nicht entziehen können. Denn die Gaspipelines des Landes liegen in einem Permafrostboden. Wenn der infolge des Klimawandels schmilzt, verliert Russland die gesamte Infrastruktur der Energieversorgung und somit das Land eine wichtige Energiequelle.

geben. Wasser muss dann verstärkt abgepumpt werden, um die Felder trocken zu halten. Dafür müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen. Auch in der EU geht es darum, dass wir die nötigen finanziellen Mittel für die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen freisetzen. Die Versicherungsunternehmen sagen uns, dass die Schäden, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden, kaum noch regulierbar sind. Deshalb gilt: Je früher wir anfangen, Maßnahmen zu ergreifen, desto weniger Geld ist für Reparaturen oder Anpassungsmaßnahmen nötig. Es gibt aber auch wirtschaftliche Chancen. So werden sicher einige Branchen, die auch in Niedersachsen stark vertreten sind und bereits boomen, noch stärker profitieren, wie z.B. die Windenergie. Aber auch das Thema Elektromobilität wird immer mehr an Bedeutung erlangen, vor allem auch, um die Abhängigkeit von Erdöl zu reduzieren. ■

DIE NIEDERSÄCHSISCHE SPD IN DER BUNDESTAGSFRAKTION

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Fachsprecher gewählt. »Unsere Niedersachsen« tauchen an zentraler Stelle auf und werden sich optimal im Bund für niedersächsische Belange einsetzen.

Mit dem **Landesvorsitzenden Garrelt Duin** als **wirtschaftspolitischen Sprecher** wird der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ein neues Profil gegeben.

Die Wahl des Hannoveraners **Matthias Miersch** zum neuen **umweltpolitischen Sprecher** wird insbesondere Niedersachsen zu Gute kommen, das von Konservativen als Atomklo der Republik missbraucht werden soll.

Auch sozialpolitisch ist der Nordwesten Deutschlands gut aufgestellt. Als **Sprecherin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** wurde **Caren Marks** bestätigt. **Vorsitzende des Gesundheitsausschusses** ist die Braunschweigerin **Carola Reimann**. Beide werden die Bundesregierung kontrollieren und immer wieder den Finger in die Wunde legen, wenn schwarz-gelbe Politik negative Auswirkungen für Patienten und Familien hat.

Mit **Wilhelm Priesmeier** kommt der **landwirtschaftspolitische Sprecher** der Fraktion aus dem Agrarland Nr. 1. Priesmeier wird darauf achten, dass Ilse Aigner die Zukunft der Bauern nicht verzockt.

Bereits vor einigen Wochen wurden die Niedersachsen **Thomas Opper**mann zum ersten **Parlamentarischen Geschäftsführer** und **Hubertus Heil** zum **stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion** gewählt.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ZUSTÄNDIGKEITEN INNERHALB DER SPD-LANDESGRUPPE NIEDERSACHSEN:

Arbeit	Hubertus Heil Gabriele Lösekrug-Möller	Landwirtschaft	Holger Ortel Dr. Wilhelm Priesmeier
Außenpolitik	Edelgard Bulmahn Sigmar Gabriel	Menschenrechte & Humanitäre Hilfe	Edelgard Bulmahn
Bildung & Forschung	Carola Reimann Thomas Opper	Rechtspolitik	Sebastian Edathy
Ernährung	Dr. Wilhelm Priesmeier Kerstin Tack	Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Karin Evers-Meyer Lars Klingbeil
Europa	Achim Barchmann Dr. Martin Schwanholz	Soziales	Gabriele Lösekrug-Möller
Familie, Senioren, Frauen & Jugend	Caren Marks	Sport	Caren Marks
Fischerei	Holger Ortel	Tourismus	Hubertus Heil
Gesundheit	Dr. Carola Reimann	Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit	Dr. Matthias Miersch
Haushalt	Bernhard Brinkmann	Verbraucherschutz	Kerstin Tack
Inneres	Kirsten Lühmann	Verkehr, Bau & Stadtentwicklung	Uwe Beckmeyer Kirsten Lühmann
Kommunalpolitik	Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Caren Marks Dr. Matthias Miersch	Wahlprüfung, Immunität & Geschäftsordnung	Thomas Opper
Kultur & Medien	Lars Klingbeil	Wirtschaft & Technologie	Garrelt Duin Hubertus Heil

VORWÄRTS
RÄTSEL

Vergleichbare Road-Movies hatte es in der 1960er-Jahren schon reichlich gegeben, aber dieses schlug ein wie Schwermetall. Die Zeit war einfach reif für zwei junge Männer, die sich mit ihren Motorrädern auf die Suche nach Amerika machten. Nicht irgendwelche jungen Männer, sondern Dennis Hopper, der bereits einen Namen als freier Filmregisseur hatte, und Peter Fonda, der neben seinem klangvollen Namen auch über ausreichend Geld verfügte, um einen abgedrehten Film zu produzieren.

Das allein hätte gewiss nicht gereicht, um in der damaligen Sturm- und Drangzeit zum Kassenschlager zu werden, zumal die Konkurrenz groß war. James Bond war im Geheimdienst ihrer Majestät unterwegs. Dagegen anzureiten, war für die meisten Streifen jener Zeit aussichtslos. Nicht für diesen. »Easy Rider« war einfach das Gesamtkunstwerk für jene Zeit: Ein paar Joints, ein bisschen Sex, ein faszinierender Jack Nicholson und eine Filmmusik, die mächtig losschepperte. Fonda hatte seinen Plattenschrank geplündert. Das war besonders gut für eine Band, denn deren Gefühlsausbruch »Born to be wild« wurde zur Biker-Hymne schlechthin und zum Namensgeber für ein ganzes Genre: »Heavy Metal Thunder« sangen die Jungs um John Kay, der als Flüchtlingskind aus Ostpreußen kurzzeitig in Hannovers Südstadt die Schulbank gedrückt hatte. Wie heißt diese erste Schwermetall-Band? Zu gewinnen gibt es Easy Rider digital. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Kuddeldaddeldu aus dem November-Rätsel war Ringelnatz. Gewonnen hat Rosemarie Plantner aus Lehrte

BILDUNG GIBT ES NICHT FÜR LAU

Neugründung des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) in Hannover

Von Hans-Rainer Strang

»In der Bildungspolitik liegt der Schlüssel für viele ungelöste Fragen der Gesellschaft, und deshalb tut die SPD gut daran, diesem Politikfeld mehr Aufmerksamkeit zu widmen.« Mit dieser Anmerkung begrüßte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt, die Neugründung des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen Anfang November in Hannover.

Wenn die SPD wieder Vertrauen gewinnen will, so Frauke Heiligenstadt, muss sie sich um die Anliegen der Menschen kümmern und im Bildungsbereich mit Eltern, Schülern, Lehrern und Verbänden sprechen. Deshalb ist es gut, dass sich die Partei an die Seite der Initiative »Volksbegehren für gute Schulen« gestellt hat, denn es besteht Übereinstimmung in der Forderung nach Gesamtschulen, beim Erhalt der vollen Halbtagschule und in der Ablehnung des »Turboabiturs«. Auf diesen Feldern wird der neue AfB-Landesverband eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen ehrenamtlich Tätigen und Mandatsträgern spielen.

Niedersachsen SPD-Vorsitzender Garrelt Duin sieht die Partei auf einem guten Weg, die Meinungsführerschaft in der Bildungspolitik zu gewinnen. Die SPD muss dabei den Mut haben darzustellen, wie sie ihre bildungspolitischen Ziele finanzieren will. »Das wird zu



SPD-Landesvorsitzender Garrelt Duin mit dem neuen AfB-Landesvorsitzenden Peter Befeldt und seinen Stellvertretern Elke Tonne-Jork, Jutta Liebethuth und Ulrich Leidecker.

Lasten anderer Politikfelder gehen müssen«, so Duin, »denn Bildungsinvestitionen gibt es nicht für lau«.

Als Gastredner der AfB-Gründungskonferenz forderte der Lüneburger Professor Matthias von Saldern eine »Bildungspolitik für morgen«, in der Chancengleichheit, Leistung und echte Gleichbehandlung verwirklicht werden, damit Migrantengruppen und junge Menschen nicht weiterhin zu den bildungspolitischen Verlierern in Deutschland zählen. In diesem Zusammenhang ist das von der schwarz-gelben Bundesregierung auf den Weg gebrachte Erzie-

hungsgeld schädlich, weil damit gerade jene Kinder aus Tagesstätten abgemeldet werden, die das dortige Erziehungsangebot am meisten brauchen.

Folgerichtig verabschiedete der neue AfB-Landesverband einstimmig die Richtlinie »Chancengleichheit und Inklusion«. Zum Vorsitzenden wählten die Konferenzteilnehmer den Berufsschulleiter Peter Befeldt aus Ostercapeln. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Ulrich Leidecker aus Braunschweig, Jutta Liebethuth aus Nordniedersachsen und Elke Tonne-Jork aus Hannover. ■

vorwärts PERSONALABTEILUNG

KARL FINKE IM SPD-PARTEIVORSTAND

SPD stärkt die Selbstvertretungsrechte von Menschen mit Behinderung

Der Sprecher des Netzwerks »Selbst Aktiv« von Menschen mit Behinderung in der SPD und Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen, Karl Finke, ist auf Beschluss des SPD-Parteivorstandes als ständiger Gast in den Parteivorstand berufen worden. Damit stärkt die SPD die Selbstvertretungsrechte der Menschen mit Behinderung in der SPD, so wie es in der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung dargelegt ist.

Karl Finke ist seit vielen Jahren in der Selbsthilfebewegung aktiv. Er ist Initiator und Sprecher des bundesweiten Netzwerkes »Selbst Aktiv« behinderter Menschen in der SPD. Für seine Anti-Gewalt-Kampagne gegen behin-

derte Menschen wurde er mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Liga für Menschenrechte ausgezeichnet. Zudem erhielt er den »Courage-Preis 2003« im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen.

»Ich bin stolz darauf, dass die SPD die Öffnung der Partei so zügig umsetzt und das Vertretungsdefizit der Menschen mit Behinderungen im Parteivorstand behebt«, erklärte Karl Finke nach Bekanntgabe der Berufung. »Das macht Mut für die zukünftige Arbeit. Die SPD zeigt damit, dass sie die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung ernst nimmt und die darin festgeschriebenen Ziele erreichen möchte.« ■ eb.



Karl Finke

Foto: lopo